



**DARMSTÄDTER  
STADTFÜHRER**

**AG der KDV / DFG-VK**

Hiermit liegt der „Darmstädter Stadtführer“ der Arbeitsgemeinschaft der Kriegsdienstverweigerer vor. Er soll ein Beitrag zur Friedenswoche 1981 sein.

Die Arbeitsgemeinschaft der KDV hat sich entschieden einen solchen Beitrag zu leisten um die Stadtgeschichte einem breiten Bevölkerungskreis etwas anschaulicher zu machen und die Auswirkungen des faschistischen Machtstrebens zu vermitteln. Zu diesem Machtstreben des Faschismus gehörte vor allem eine ungeheure militärische Aufrüstung. Ohne die Bundesrepublik in Faschistennähe rücken zu wollen, haben wir es zur Zeit wider mit enormen Rüstungsanstrengungen zu tun die auf Kosten des Sozialhaushaltes gehen. Weitere Parallelen zu den vergangenen Vorkriegszeiten lassen sich ziehen. Da ist als erstes das Feindbild, das jeden Tag auf's Neue und in den schillerndsten Farben von Politikern und Journalisten gemalt, der Bevölkerung vermittelt sollte „ohne Rüstung keine Sicherheit“. Da gibt es mit den Jugendoffizieren als Friedensarbeit getarnten Wehrkundeunterricht an Schulen, der den Wehrwille von Kindern und Jugendlichen stärken soll. Den selben Zweck verfolgen Bundeswehrshows, wie die am 16. Juni im Griesheimer Sand. Da wird der Glanz der Technik vorgeführt, aber kein Wort von den Greueln des Krieges.

Ständig wachsender Rechtsradikalismus, Berufsverbote und eine sich zuspitzende Wirtschaftskrise sind weitere Zeichen unserer Zeit.

Angesichts dieser Entwicklung ist es unbedingt notwendig am Frieden zu arbeiten. Der Stadtführer soll hierzu einen kleinen Beitrag leisten. In ihm sind lediglich einige Punkte angerissen, die kein geschlossenes Bild ergeben. In der Kürze der Zeit in der wir diese Broschüre erarbeitet haben, wäre eine größere Arbeit auch nicht möglich gewesen. So ist diese Broschüre nur ein erster Diskussionsentwurf, der weiterentwickelt werden muß und von dem weitere Auflagen folgen sollen. Bei der Weiterentwicklung könnten bes. Schulen einen wichtigen Beitrag leisten.

Schwierig ist die Materialsammlung und Auswertung. Viele Dokumente sind vernichtet worden oder verloren gegangen. Daher freuen wir uns über alles uns zugehende Material und fordern alle Interessenten zur Mitarbeit an der Weiterentwicklung des Stadtführers auf.

Wir danken allen die uns bei der bisherigen Arbeit unterstützt haben. Unser bes. Dank geht an den Darmstädter Stadtarchivar Herrn Hoferichter, an Frau Barbara - Mausbach-Bromberger vom Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945, an den früheren OB Ludwig Metzger und an die Jüdische Gemeinde.

## Zerstörung Darmstadt

Darmstadt wurde im 2. Weltkrieg nach amtlichen Feststellungen zu 52,4 Prozent zerstört. Ohne die Vororte beträgt der Zerstörungsgrad 78 Prozent.

Obwohl Darmstadt eine Stadt von milderer Kriegsbedeutung war, als Luftschutzort 2. Ordnung galt und damit Schutzmaßnahmen Sache der Stadt waren und nicht des Reiches, erlebte die Stadt

1567 Alarmierungen, davon

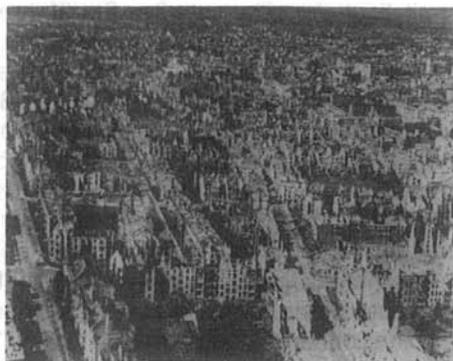
20 Luftgefahr (LG)

395 Öffentliche Luftwarnungen und

612 Alarme (A).

Zum ersten Male fielen Brandbomben auf Darmstadt am 29. Juli 1940.

In der Nacht vom 11./12. September 1944 flogen englische Bomber einen Totalangriff. Ziel dieses Angriffes, der das alte Darmstadt auslöschen sollte, war nicht nur die am Rande getroffene Industrie, auch nicht die Ausbildung von V-2-



Raketen-Experten in der Technischen Hochschule, sondern die Wohngebiete des Stadtzentrums. In dieser Nacht flogen

234 Luftminen,

500 Sprengbomben und rund 300 000 Brandbomben auf Darmstadt. Der Erfolg des britischen Bombentepichs waren etwa

12 300 Tote,

70 000 Obdachlose, rd.

50 % der Wohnungen in der Innenstadt waren vernichtet.

Darmstadt hatte Anfang September 1944 noch 115 211 Einwohner - am 1. März 1945 empfingen noch 51 750 Menschen Lebensmittelkarten. Von hundert Todesopfern starben beim Ausbrennen der deutschen Großstädte durchschnittlich 15 durch Sprengbomben, 15 verbrannten, 70 erstickten. Rund 20% der Opfer waren Kinder bis zu 16 Jahren.

## Mathildenhöhe



Auch der Kulturelle Teil des Lebens war von der Nationalsozialistischen Machtergreifung nicht ausgeschlossen. Auf der

### Kunsthalle



In der Kunsthalle wurde 1936 die Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt.

Mathildenhöhe fand 1936 die Ausstellung „Volk und Rasse“ statt.

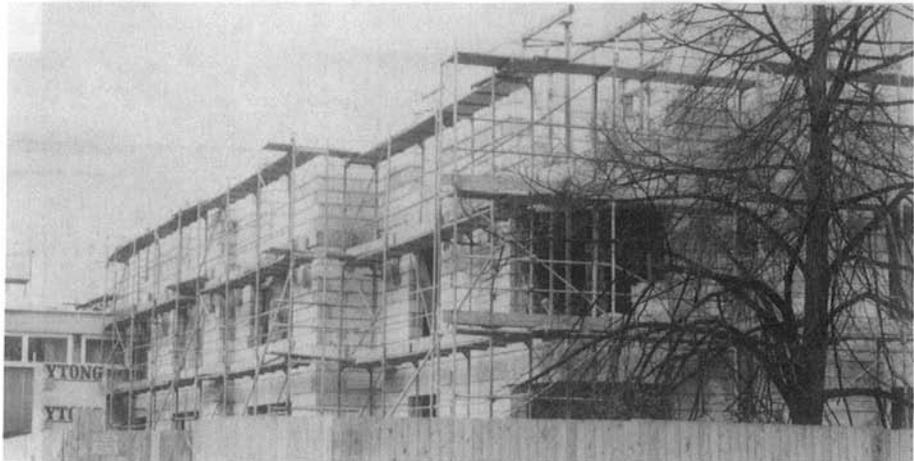
Im Vordergrund ist der Rest der ausgebrannten alten Kunsthalle zu sehen.

## Polizeipräsidium



Im Jahr 1944 wurde das Polizeipräsidium in der Hülstraße ausgebombt. Auf der Suche nach neuen Räumen fiel die Wahl auf das Geisteskrankenasyll in der Niederramstädter Straße. Diese Wahl fiel im Zuge von Euthanasieprozessen nicht schwer.

## SA-Gefängnis - Riedeselstraße



Hier befand sich ein SA-Gefängnis. Das alte Gebäude wurde Anfang 1981 abgerissen und diente bis dahin als Studen-

ten-Wohnheim. Eine Tafel erinnert an den Nationalsozialismus.

## Gewerkschaften

„Die nationalsozialistische Gewerkschaft hat ... die Sicherheit der nationalen Wirtschaft selbst zu erhöhen und deren Kraft zu stärken...“ So formulierte Hitler 1927 in „Mein Kampf“. Die Gewerkschaften mußten eigentlich wissen, daß ein Sieg Hitlers ihre Vernichtung bedeuten würde. Manche gaben sich der Hoffnung hin, daß auch in einem faschistischen Staat Raum für eine Gewerkschaftsorganisation sein würde. Andere wiederum gaben sich der Überlegung hin, daß ein großer Streik, wie damals 1920 beim Kapp-Putsch, die Republik retten könnte. Wenige Tage nach dem Verbot der EISERNEN Front (einer 1931 von SPD und Gewerkschaften gegründeten Kampforganisation) am 7. März 1933 nahmen Führer aller Gewerkschaftsrichtungen Kontakte mit der NSDAP auf. Am 17. März 1933 erklärten sich die christlichen Gewerkschaften für „Unpolitisch“ und verhandelten mit Goebbels „über die Teilnahme ihrer Anhänger am neuen Staat“. Am 21. März 1933 erklärte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Leipart die Bereitschaft, alle Verbindungen mit der SPD zu lösen und mit den Unternehmern zusammen zuarbeiten und begrüßt die Erhebung des 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“. Alle diese Versuche sind indessen vergeblich. Die Nationalsozialisten sind entschlossen, keine freie Gewerkschaftsbewegung zuzulassen. Am 2. Mai 1933 werden schlagartig alle Gewerkschaftshäuser in Deutschland von SA und SS besetzt und viele Funktionäre verhaftet.



Gewerkschaftshaus Bismarckstraße 19  
Neuer Hausherr war nach dem 2. Mai die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO). Das Haus nannte sich fortan „Haus der Arbeit“.



## Innenministerium



### Presse

Presse, die sich nicht gleichschalten ließ, wurde ausgeschaltet. So auch der linke „Hessische Volksfreund“. Die Redaktion des Hessischen Volksfreund befand sich in der Neckarstraße 4. Das Gebäude wurde Ende des 2. Weltkrieges ausgebombt.



## Judenverfolgung

Bereits vor der faschistischen Machtübernahme kam es von Seiten der Nationalsozialisten zu Ausschreitungen gegen die Juden und andere Minderheiten wie etwa die Zigeuner. Vom Tag der Machtübernahme war der Weg der Juden vorgezeichnet. Immer schärfere Gesetze führten zu einer brutalen Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung. Die sogenannte Endlösung der Judenfrage, die Massenvernichtung der Juden bedeutete für sechs Millionen Juden qualvoller Tod in den Vernichtungslagern Auschwitz, Chelmo, Sobibor um nur einige zu nennen.

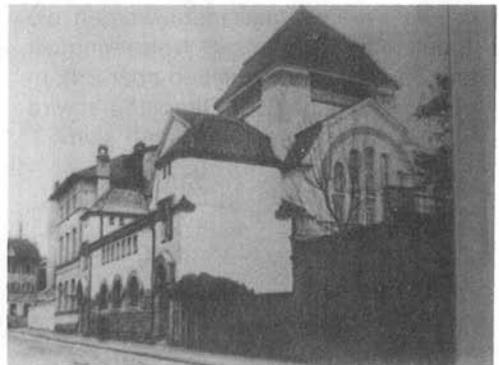
Am 28.3.1933 kam es in Darmstadt als erster deutscher Stadt zur Schließung jüdischer Geschäfte für 24 Stunden, weil „die Offenhaltung ...die Aufrechterhaltung der öffentl. Ruhe und Ordnung gefährdet.“ Der 1.4.1933 war ein Boykotttag gegen jüdische Geschäfte, Professoren, Lehrer, Studenten und Rechtsanwälte, also gegen Juden in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Unterdrückungsmaßnahmen nahmen immer schärfere Formen an.

Das Gesetz zum Schutz des deutschen Volkes und der deutschen Ehre verbietet rassische Mischehen und den außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes.

1938 erreichte die NS-Judenverfolgung einen Höhepunkt vor dem 2. Weltkrieg. Jüdische Vermögen über 5000 RM müssen ab dem 26.4.1938 gemeldet werden. Jüdische Gewerbebetriebe sind kennzeichnungspflichtig ab dem 14.6. Mit dem 25.7. verlieren jüdische Ärzte ihre Approbation und jüdische Rechtsanwälte verlieren mit dem 22.9. ihre Zulassung. Vom 17.8. an müssen Frauen den Namen Sara und Männer den Namen Israel zu ihrem Vornamen hinzufügen. Am 27.9.



**Synagoge Fuchsstraße**



**Synagoge Bleichstraße**

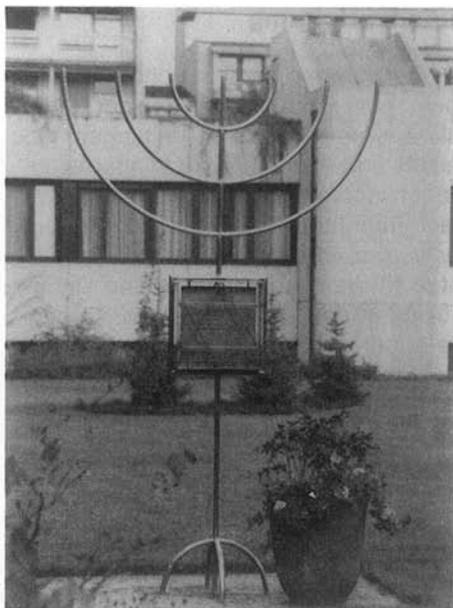
werden die Reisepässe eingezogen die am 5.10. durch Neue, mit einem „J“ gekennzeichneten ersetzt werden.

Das Attentat auf den Gesandtschaftsrat vom Rat in Paris, das von dem 17jährigen Herschel Grynspan, Sohn eines Zwangsdeportierten verübt wird, gibt dem Anlaß zur Reichskristallnacht. In der Nacht vom 9./10.11.1938 werden in ganz Deutschland jüdische Geschäfte und Synagogen in Brand gesteckt, Friedhöfe und Gebäude zerstört. Es werden 26000 Juden verhaftet. Von den Nazis wird dies als Entladung des Volkszorns dargestellt. In Wirklichkeit war es eine geplante Aktion der Nationalsozialisten.

Aufgrund der Aktionen in der Reichskristallnacht, in der Tausende Juden verletzt wurden - 91 Todesopfer gab die NSDAP zu, es dürften mehr gewesen sein -, wurden die Juden zur Zahlung von 1 Milliarde RM als Sühneleistung verurteilt.

Sie mußten ihre Wertsachen verkaufen und den Erlös auf ein Sperrkonto einzahlen. Es folgten die Ausschaltung aus dem deutschen Wirtschaftsleben, das Verbot des Besuchs von Kulturstätten und der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie Sperrung der höheren Schulen für Juden.

In den Vernichtungslagern wurden die Juden auf grausamste Weise gequält und durch Gas, Erschießen oder Erhängen umgebracht. Alten Darmstädter wird der Name Osthofen ein Begriff sein.



Heute erinnert ein Denkmal an die Synagoge in der Fuchsstraße. Das Denkmal liegt auf dem heutigen Gelände des Stadtkrankenhauses.



## Judenfriedhof

Der Judenfriedhof ist einer der wenigen in Deutschland noch erhaltenen. Es blieb ungeklärt warum dieser nicht zerstört wurde.



## Bierkeller



In den Kellergewölben unter dem jetzigen Biergarten wurden verhaftete von der SA gefoltert. Hier wurden auch ver-

haftete bis zu ihrem Abtransport ins KZ Osthofen festgehalten.

## Technische Hochschule Darmstadt

Die Technische Hochschule Darmstadt unterstützte den Nationalsozialismus mit ihrer Arbeit auf dem Gebiet der Rüstungsforschung. Besondere Bedeutung kommt in diesem Rahmen der THD die Forschung auf dem Gebiet der Chemie und der Flugtechnik zu. So wurden hier Teile der Raketen V1 und V2 entwickelt. Aber nicht nur auf technischem Gebiet unterstützte die THD den NS-Staat auch auf Ideologischem. Der Dozent für Philosophie Dr. P. Bommersheim veranstaltete Hochschulvorlesungen über die Philosophie der Rasse und veröffentlichte Aufsätze mit den Themen: „Warum ist Rassenlehre kein Materialismus“? und „die Rasse als Bedingung der Geschichtsbildung“.



## Bücherverbrennung

Nach der Machtübernahme durch die Nazis wurden alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens möglichst total gleichgeschaltet. Nach Entlassung politisch unzuverlässiger Beamter ging es auch darum, die öffentlichen Bibliotheken von Büchern mit „undeutschem Geist“ zu reinigen. Auch die Bevölkerung wurde durch Anschläge und Anzeigen aufgefordert, Schmutz-, Schund- und linkspolitische Tendenzschriften abzuliefern. Höhepunkte dieser Aktionen waren öffentliche Bücherverbrennungen. Auch die Darmstädter Studentenschaft führte im Juni 1933 eine Bücherverbrennung auf dem Mercksplatz durch. Im Bericht des Prorektors der Technischen Hochschule, Professor Dr. Thum bei der Rektoratsübergabe am 24. November 1933 heißt es hierzu „Die Sonnenwendfeier fand ihren Abschluß durch den feierlichen

Act der Bücherverbrennung auf dem Mercksplatz“.

Aber auch heute gibt es bereits wieder gefährliche Tendenzen in dieser Richtung. So waren es vor einigen Jahren CDU-Bundestagsabgeordnete, die Plakate des Künstler Klaus Staeck herabrisen und es waren wiederum CDU-Abgeordnete, diesmal Mitglieder des Hessischen Landtages, die in einer vom Berliner Senat genehmigten Ausstellung Plakatwände niederrissen.



## Darmstädter Widerstand

Trotz totalitärer Herrschaft bildeten sich Widerstandsgruppen gegen den Faschismus. Er kam aus den (verbotenen) Gewerkschaften, den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den beiden Kirchen. Unter den vielen können nur wenige genannt werden: Wilhelm Leuschner, Georg Fröba, Theodor Haubach, Carlo Mierendorff und Ludwig Schwamb. **Wilhelm Leuschner**, aus der Gewerkschaftsbewegung kommend und einige Jahre Innenminister in Hessen, wurde nach dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

**Carlo Mierendorff**, seit 1930 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und unter Leuschner Pressereferent im Darmstädter Innenministerium kam 1943 bei einem Luftangriff ums Leben. Er arbeitete im Kreisauer Kreis mit.

**Theodor Haubach**, ebenfalls Sozialdemokrat und Mitarbeiter beim Kreisauer Kreis wurde nach KZ-Aufenthalt zum Tode verurteilt und hingerichtet.

**Ludwig Schwamb**, Jurist und sozialdemokratischer Staatsrat in Hessen, ge-

hörte als enger Vertrauter Leuschners mit zum Widerstandskreis. Er wurde ebenfalls nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und im Januar 1945 hingerichtet.

**Georg Fröba**, Mitbegründer der KPD in Darmstadt, war bis zur Machtübernahme Darmstädter Stadtverordneter. Bereits 1933 machte Fröba Bekanntschaft mit dem KZ Osthofen. Anfang 1943 wurde er erneut festgenommen und am 6. September 1944 zum Tode verurteilt. Hingerichtet wurde Fröba am 27. Oktober 1944 in Frankfurt-Preungesheim.

Heute weisen viele Straßen- und Gebäudenamen auf Widerstandskämpfer hin. Allein der kommunistische Widerstand wird nach Möglichkeit ausgespart. So erinnerte zwar nach dem Krieg bis in die frühen 60er Jahre die Anlage an der Odenwaldbrücke als „Georg-Fröba-Anlage“ an den kommunistischen Widerstandskämpfer, sie wurde aber dann in „August-Buxbaum-Anlage“ umbenannt. Die Stadt Darmstadt wäre gut beraten, hier eine Revidierung vorzunehmen.



## Faschismus und politische Unterdrückung

Faschismus bedeutet immer auch politische Unterdrückung. Berufsverbote haben bei uns eine lange Tradition. Bereits im „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21. Oktober 1878 heißt es: „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten“. Diese Praxis fand natürlich seine Fortsetzung im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933, in dem bestimmt wurde, daß „Beamte, die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilf- oder Ersatzorganisationen angehört, oder sich sonst im kommunistischen Sinne betätigt haben, aus dem Dienst zu entlassen sind.“ Und einen Absatz weiter heißt es: „Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen.“ Und im § 4 dieses Gesetzes heißt es: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für

den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden“.

Es ist gar keine Frage, daß es unzulässig ist, den faschistischen Staat Hitlers mit der heutigen Bundesrepublik zu vergleichen. Aber dieses Prinzip darf nicht die kritische Betrachtung und Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung heute behindern. Und so dauerte es nicht lange, wo wieder versucht wurde, die grundgesetzlich verankerte Bekenntnisfreiheit des Artikels 4 einzuschränken. Es begann mit einem Beschluß der Bundesregierung vom 19. September 1950, in dem Organisationen genannt wurden, „deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, dem schließlich am 28. Januar 1972 der sogenannte „Radiakelenerlaß“ folgte, wonach „in das Beamtenverhältnis nur berufen werden darf, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt...“

Dieser Beschluß der Ministerpräsidenten löste eine Flut von Gesinnungsschnüffelei aus, obwohl diese Formulierung schon seit Jahren in den Beamtengesetzen enthalten war.



### Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Vom 6. Mai 1933.

§ 2a

(1) Beamte, die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehört oder sich sonst im kommunistischen Sinne betätigt haben, sind aus dem Dienst zu entlassen. Von der Entlassung kann bei solchen Beamten abgesehen werden, die sich schon vor dem 30. Januar 1933 einer Partei oder einem Verbande, die sich hinter die Regierung der nationalen Erhebung gestellt haben, angeschlossen und sich in der nationalen Bewegung hervorragend bewährt haben.

(2) Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen.

## Erziehung

Die Erziehungsmethoden haben sich verfeinert, das Resultat bleibt das Gleiche - Wehrwille. Aufmärsche wie die am 16. Juni im Griesheimer Sand, als die BW sich die „Pimpfe“ aus den Schulen kommen lies dienen dazu solche Wehrwilligkeit zu erzeugen. Nicht die Greuel eines Krieges, sondern der Glanz der Technik werden bei solchen Aktionen vorgeführt. Der neueste Versuch der Bundeswehr auf unsere Jugend Einfluß zu nehmen ist die neue Bundeswehrhochschule für Pädagogig in Darmstadt, die etwa seit einem Jahr besteht. Die ersten Offiziere der Fachrichtung leisten zur Zeit in Jugendheimen, Kindergärten ect. ihre Praktikas ab. Die Jugendlichen lassen sich nicht mehr so einfach wehrwillig machen, da muß man also schon im Kindergarten mit der Erziehung zum Soldaten anfangen.



Heute:



Damals:



## Autobahn

Die Autobahn Frankfurt - Darmstadt - Mannheim wurde als erste Reichsautobahn eingeweiht. Diese Autobahn diente der Kriegsführung und wurde auch aus diesem Grund heraus gebaut. Die Fähigkeit andere Länder zu unterwerfen hing auch davon ab wie schnell die Militärs dort einrücken konnten.

Die Autobahn zwischen Darmstadt und Frankfurt wurde mittlerweile achtspurig ausgebaut. Sie könnte somit wieder militärische Bedeutung erhalten. In einem Ernstfall liese sich diese Autobahn innerhalb kürzester Zeit zu einer Landebahn mit Anschluß zum Frankfurter Flughafen umbauen.



## Kirchen im Faschismus

Noch immer ist die Annahme weit verbreitet, die Kirche als solche habe Widerstand geleistet. Das entspricht nicht den Tatsachen. In erdrückender Mehrheit hatten ihre Führer den Ereignissen des Januar 1933 zugejubelt. Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich ein Wunder, daß noch im Jahr 1933 eine Gegenbewegung entstand: die Bekennende Kirche. Die evangelischen Nationalsozialisten hatten sich bereits 1932 in der Gruppe „Deutsche Christen“ (DC) zusammengeschlossen. Anders in der Katholischen Kirche. Hier wurde weder von der Kirche als solcher noch von einer geschlossenen kirchlichen Gruppe Widerstand geleistet. Dennoch wäre es unrecht zu behaupten, es habe keinen katholischen Widerstand gegeben.

Und wie sah es in Darmstadt aus?

Am 12. April 1933 verfügt das Landeskirchenamt, daß im Hauptgottesdienst des Ostermontag (17. April) des Herrn Reichskanzlers fürbittend zu gedenken ist. Und weiter: „An seinem Geburtstag (20. April) sind, soweit möglich, die kirchlichen Gebäude mit der evangelischen Kirchenfahne zu beflaggen“.

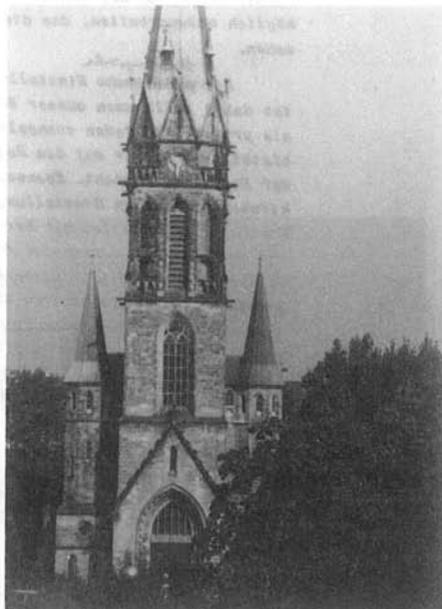
Und das katholische Bischöfliche Ordinariat Mainz verfügt am 17. Juli 1933: „Der Hitlergruß wird im amtlichen Verkehr mit den weltlichen Behörden und als Erwiderung auf den Straßen empfohlen, wo er entgegengebracht wird. Bei Beginn und Schluß des Unterrichts wird er ... erwidert“.

In Darmstadt waren wohl nur 3 der 16 evangelischen Pfarrer den Deutschen Christen zuzurechnen. Ein am 27. Juli 1933 von Darmstadt ausgegangenes Rundschreiben, das u.a. auch der Pfarrer des Elisabethenstifts Theodor Hickel und die Pfarrer Dr. Grünewald und Weiß

unterschrieben hatten, gilt als erstes Manifest der Bekennenden Kirche in Hessen.

Eine Reihe widerstrebender Pfarrer, unter ihnen Marx, Hickel und Goethe wurden im Frühjahr und Sommer 1934 strafversetzt, fanden jedoch gleichgesinnte Nachfolger.

Der erste Oberbürgermeister Darmstadts nach 1945, Ludwig Metzger, war, nachdem er aus politischen Gründen aus dem Staatsdienst entlassen war, zu dieser Zeit als Rechtsanwalt wiederholt mit der Vertretung politisch Verfolgter befaßt. So hat sich Ludwig Metzger auch für die beiden versetzten Pfarrer der Johannesgemeinde eingesetzt. Der Landesbischof Dr. Dietrich weißt in einem Schreiben an Metzger vom 19.4.1934 darauf hin, daß „die Kirche allen Anlaß hat, an der deutschen Bewegung so positiv als nur möglich mitzuarbeiten“. Der Brief schließt mit „Heil Hitler!“



In Nr.

Betreff:

Herrn

Rechtsanwalt Ludwig Metzger,  
Darmstadt  
-.-.-.-.-  
Rheinstr. 28 II.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Hilfsmittel Nr. 10  
Brosch. 1934.

Ihren Brief betreffend die Versetzung der beiden Pfarrer der Johannesgemeinde Darmstadt habe ich zur Kenntnis genommen. Es ist mir bekannt, dass die beiden Pfarrer es ernst mit Kirche und Evangelium meinen, und dass sie mit ihren Gemeindegliedern in einem guten Verhältnis stehen. Dies ist auch dadurch von uns gewürdigt worden, dass wir die beiden Pfarrer auf Stellen versetzt haben, die ihren Wissen und Können entsprechen. Es ist auch erfreulich, dass Sie als Mitglied der Johannesgemeinde für Ihre beiden Pfarrer einzutreten versuchen. Es hat jedoch in diesem Fall keinen Sinn, über die auch uns bekannten Vorfälle der beiden Pfarrer zu debattieren; um diese handelt es sich bei der Versetzung gar nicht, sondern es geht einzig und allein darum, dass die beiden Pfarrer bei mehrfach Gelegenheit, sei es auch durch Kleinigkeiten, bei der Staatsbehörde Anstoss erregt haben. In einer revolutionären Zeit, wie wir sie durchleben, können solche Kleinigkeiten eine symbolische Bedeutung gewinnen. Wenn ein Pfarrer mit dem heutigen Staat teilweise nicht innerlich übereinstimmt, so hat er wenigstens die Pflicht, sich in seinen Äußerungen, die dieses Gebiet betreffen, zurückzuhalten. Andernfalls hat er es sich selbst zuzuschreiben, wenn der Staat und die Kirche, die allein Anlass haben, an der deutschen Bewegung so positiv als nur möglich mitzuarbeiten, das dienstliche Interesse gefährdet sehen.

~~politische~~  
Die ~~politische~~ Einstellung der beiden Pfarrer ist dabei vollkommen ausser Betracht geblieben, wie sie prinzipiell jeden evangelischen Pfarrer unbenommen bleibt, solange er auf dem Boden des Evangeliums und der Reformation steht. Ebensovienig habe ich nach der kirchenpolitischen Einstellung der Pfarrer gefragt. Erst nachträglich ist mir berichtet worden, dass Pfarrer Marx bis vor kurzem der Führer des Pfarrernotbundes in Hessen gewesen ist. Diese Eigenschaft ist allerdings keine Empfehlung in unseren Augen, und wir haben deshalb umsoweniger Grund, an dem Spannungsverhältnis zu zweifeln, in dem Pfarrer Marx <sup>zu</sup> der Neuordnung der Dinge ge-  
standen hat bzw. noch stehen soll.

Es ist nicht richtig, dass die Pfarrer zu den gegen sie erhobenen Anschuldigungen nicht gehört worden wären. Von meiner Seite sind Sie jedenfalls empfangen worden.

Mit ergebenster Begrüssung und  
Heil Hitler !

dic. Dr. Dietrich

## Parteien im Faschismus

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 kam es noch am selben Tag zu einer ersten Protestversammlung der Darmstädter KPD auf dem Schillerplatz. Es folgten fast täglich Kundgebungen. So sprach Innenminister Leuschner am 19.2.1933 vor rund 10000 Menschen auf dem Marienplatz. Bei den Reichstagswahlen am 5.3.1933 entfielen auf die SPD über 7 Millionen und fast 5 Millionen Stimmen auf die KPD. Durch Gesetz vom 13. März 1933 wurden der KPD die Reichstagsmandate einfach aberkannt, ihre führenden Funktionäre einfach verhaftet.

Der ersten Reichstagssitzung am 23.3.1933 legte Hitler sein Ermächtigungsgesetz vor. Außer der NSDAP und der DNVP gaben ihm auch die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei, das Zentrum, die Bayrische Volkspartei und die Splittergruppen ihre Zustimmung. Niemand aus ihren Reihen stimmte dagegen oder enthielt sich der Stimme. Die 94 anwesenden Abgeord-

neten der SPD stimmten gegen das Ermächtigungsgesetz. Wenige Monate später am 14. Juli wurde die Auflösung aller Parteien außer der NSDAP verfügt. Dem folgten Gesetze über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens, das 44 Organisationen aufzählte, deren Vermögen einzuziehen sei. Alle Beschäftigten, die der SPD oder KPD angehörten, mußten folg. schriftliche Erklärung abgeben: Ich erkläre, daß ich keinerlei Beziehung mehr zu der sozialdemokratischen/ kommunistischen Partei und ihren Hilfs- und Ersatzorganisationen sowie ihren Vertretern im Ausland unterhalte".

### NS-Gedenkstätte/Mühlstraße



# Übernahme der Staatsgewalt in Hessen durch SA.

## SA. besetzt Staats- und SPD.-Gebäude

Darmstadt, 7. März, 3.30 Uhr.

Wie von der nationalsozialistischen Gaupressestelle mitgeteilt wird, besetzten in der Nacht vom Montag zum Dienstag um 23.45 Uhr Nationalsozialisten das hessische Innenministerium in Darmstadt. — Gauleiter Sprenger in Begleitung des Kommissars der Reichsregierung Dr. Müller-Alsfeld erschien in Begleitung einiger Sachwalter der NSDAP sowie SA-Leuten der Standarte 115 im Gebäude des Innenministeriums. Die Polizeigewalt wurde übernommen. Polizeibeamte, welche sehr zahlreich und stark bewaffnet mit Karabinern und Maschinen-Pistolen im Ministerium lagen, übergaben die Waffen der Standartenführung der SA.

Die SA. besetzte unmittelbar anschließend das Gewerkschaftshaus, das Gebäude der sozialdemokratischen Presse und die Wohnung des sozialdemokratischen Staatspräsidenten Adelung und des sozialdemokratischen Innenministers Leuschner.

\*

Zu Anrufen ist es bisher in Darmstadt nicht gekommen, jedoch waren im Laufe des Nachmittags ungeheuerere Menschenansammlungen vor dem Gebäude des Innenministeriums versammelt. Hier hielt Gauleiter Sprenger eine Ansprache, in welcher er die Masse zur Disziplin aufforderte und die Übernahme der Staatsgewalt in Hessen ankündigte.

Dann waren die Säubere abgeführt, und es sind kaum noch zu sehen. Die Ernten liefen nach wie vor überaus so ungenügend, so daß die Produktion ebensolcher bereits ermogt, die 40 Prozent zu erhöhen, die im letzten Jahre weiter ausgedehnt. In Brotgetreide für das Reich. Diesen Reaktionen nur eine Wiederbelebung Sektors, insbesondere der internationalen Wirtschaft dürften die Preisfallmäßig etwas aus dem Erntefahre einige Monate. Weiterreich, bedürftigen für die letzten Jahren. Hierbei ist ein System, eine der letzten denken, welche Folgen der Vereinigten Staaten für die Produktion einschränken einige Produkte voran deutschen Märkten. Jahre den Einflüssen der trotzdem die Getreidepreise stark gefallen sind, so wie auf dem Weltmarkt. Die Reformerte, die auf einem Reich. Die verhältnissen, wie bereits oben genannt der Anbauflächen nach sich gezogen, die begünstigt wurde. Unter weisbare enge Zulassung im Bereich zu den Preisanflüssen, da von der Anteil verkauft wird als seit der Anbauflächen in heimischen. Die deutsche Getreideerzeugung nicht der annehmbare Hinblick auf die anstehende und erwünscht. Die Vorhandes liegt aber allein ein nennenswerter Aufschwung nicht denfalls die Preise über das Maß von Anbauangebot und reiches Angebot aus bereits auch stark gesunken, schenkt durch Begünstigung schaffen, das aber nicht in Ausfällen für die Preis allgemein ungenügend zu einer Verringerung der in den letzten Jahren Kartoffel und Getreide. Bestrebungen zur Produktion besonders durch Verbesserung der Erträge gehabt, so nicht, wenn nicht Anbau

